



N i e d e r s c h r i f t

über die 3. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 27.02.2024

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:30 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzende

Herr Oberbürgermeister Grantz
Herr Bürgermeister Neuhoff
Herr Stadtrat Skusa

Entschuldigt
Vertretung für Herrn Grantz

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz
Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
Herr Stadtverordneter Caloglu
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Ofcarek

Vertretung für Herrn Hoffmann
Entschuldigt

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
Frau Stadtverordnete Milch
Frau Stadtverordnete Steinbach

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Stadtverordneter Kaminiarz
Herr Stadtverordneter Schott

Vertretung für Herrn Schott
Entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Secci

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann
Herr Stadtverordneter Miholic

Entschuldigt
Vertretung für Herrn Freemann

Gruppe AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Einzelstadtverordneter (Die PARTEI)

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

Ferner anwesend:

Herr Makel
Frau Laue
Herr Niehaus
Frau Pargament
Herr Siebert
Herr van Beek
Herr Wagner

Feuerwehr
OPB
Seniorenbeirat
OPB
OPB
OPB
PR OPB

Schriftführung:

Frau Berndt
Frau Mahlstedt

OPB
Feuerwehr

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortschaftspolizeibehörde:
Bürger- und Ordnungsamt:
Feuerwehr:

Herr Ortgies
Herr Herbrig
Herr Cordes

Herr Bürgermeister Neuhoﬀ eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr und gibt zunächst die durch die geänderte Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung veränderte Ausschussbesetzung bekannt. Künftig wird die SPD im Ausschuss für öffentliche Sicherheit mit fünf Stadtverordneten vertreten sein. Neu begrüßt wird Frau Böttger-Türk. Von der Fraktion BD wurde Herr Schumacher aus diesem Ausschuss verabschiedet. Herr Neuhoﬀ stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen den Ausschussmitgliedern fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 2. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 11.12.2023 **I/XI 1/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung mit vier Enthaltungen - Frau Böttger-Türk und Herr Caloglu (SPD), Herr Miholic (FDP) und Herr Kaminiarz (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

2.2. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV **I/XI 2/2024**

Herr Kaminiarz bezieht sich auf den Punkt 4 des Sachstandsberichtes. Bei der Ersatzbeschaffung der Drehleitern mit Korb und Gelenkteil (DLK) und dem Abrollbehälter CBRN Umweltschutz wird mitgeteilt, dass die Auftragsvergabe im März letzten Jahres erfolgt ist und eine Lieferzeit verbindlich von 90 Wochen avisiert ist. Er fragt, ob sich die Lieferzeit tatsächlich auf beide Ersatzbeschaffungen bezieht. Aus seiner Erinnerung konnten Drehleitern früher relativ schnell als Gebrauchtmodell besorgt werden.

Herr Cordes antwortet, dass die Ersatzbeschaffungen zusammen angesetzt wurden, es sich aber um getrennte Aufträge handelt. Die Drehleiter ist tatsächlich mit 90 Wochen Lieferzeit angegeben worden, liegt aber im Zeitplan und wird voraussichtlich sogar bereits im Herbst d. J. ausgeliefert. Bei dem CBRN Abrollbehälter liegen die Auslieferungszeiten derzeit bei gut einem Jahr. Zukünftig muss mit noch längeren Lieferzeiten von über zwei Jahren gerechnet werden.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

2.3. Bericht zu den Ereignissen in der Silvesternacht

Herr Cordes berichtet, dass die Freiwillige Feuerwehr Weddewarden in der Silvesternacht 2023 zum Routineeinsatz alarmiert wurde. In Leherheide, an dem betreffenden Ort eingetroffen, haben die Einsatzkräfte erste Löschmaßnahmen – klassischerweise von Restbrennkörpern – unternommen. Im Zuge dieser Löschmaßnahmen wurden sie durch Böller und anderes Feuerwerk beschossen. Sie zogen sich sofort auf das Fahrzeug zurück und forderten zur Verstärkung der Polizeikräfte vor Ort weitere Kräfte an. Nach Eintreffen der nachgeordneten Polizeikräfte wurden erneute Löschversuche unternommen. Zwei Einsatzkräfte bewegten sich dabei im Rahmen des Arbeitsfeldes am Rande des Platzes und wurden – aus Sicht und Darstellung der Einsatzkräfte heraus – vermutlich durch Schreckschussmunition getroffen, die unmittelbar zwischen ihnen zur Detonation kam. Die beiden Einsatzkräfte erlitten einen Tinnitus. Beiden Kameraden geht es mittlerweile aber wieder gut.

Soweit zur Lagedarstellung. Die Einsatznachbereitung wurde bereits in dieser Nacht aufgenommen. Herr Cordes betont an dieser Stelle die sehr gute Zusammenarbeit mit der Ortpolizeibehörde. Die Einsatzaufarbeitung wurde in den Folgewochen durch den Dezernenten und Herrn Cordes enger begleitet, ist aber noch nicht abgeschlossen. Allerdings ergibt die interne Bewertung bereits jetzt, dass sich die Einsatzkräfte richtig verhalten haben. Was die psychische Belastung der Einsatzkräfte angeht, kann man sagen, dass sie sehr gut damit umgehen.

Inhalt der weiteren Aufarbeitung ist, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Einsatzkräfte gegen solche Übergriffe besser zu schützen. Da sich diese Thematik aber nicht nur auf Silvesternächte bezieht, sondern generell im Rahmen der gesamten Gewalt gegen Einsatzkräfte, wird natürlich auch der Austausch mit anderen Feuerwehren – und wie sie damit umgehen – gesucht.

Herr Ortgies bezieht sich in seinen Ausführungen ebenfalls auf die Vorfälle am Julius-Leber-Platz und betont, dass sich vor Ort ca. 200 Menschen aufhielten, die überwiegend friedlich gefeiert haben. Dort heraus bildeten sich vereinzelt Gruppen, die nach Gewalt gesucht haben. Nach dem Abschuss einer Rakete auf die Einsatzkräfte der Polizei und Feuerwehr hat die Polizei versucht, die beteiligte Gruppe aus der Menschenmenge heraus festzusetzen, was sich als sehr schwierig erwies. Ein Polizist wurde bei diesem Einsatz verletzt. Derzeit werden zu den genannten Vorkommnissen zwei Ermittlungsverfahren geführt. Konkrete Zeugenhinweise liegen uns vor.

Herr Jürgewitz möchte wissen, wie groß die zu festzusetzende Gruppe war. Herr Ortgies berichtet, dass sich aufgrund der Dunkelheit und der schwierigen Situation keine konkrete Anzahl feststellen lies.

Frau Milch erkundigt sich, welche möglichen Maßnahmen und Konsequenzen diese Vorfälle mit sich ziehen und verweist auf die Resolution, die in der letzten STVV verabschiedet wurde, die sich ganz klar gegen Gewalt an Einsatzkräften richtet.

Herr Ortgies reagiert auf diese Frage zunächst mit dem Dank dafür, dass die Resolution einstimmig in der letzten STVV verabschiedet wurde. Bezüglich geplanter Präventionsmaßnahmen ist die Ortpolizeibehörde zurzeit im Austausch sowohl mit dem Schulamt, als auch mit dem Jugendamt. Darüber hinaus sind einige der in der Resolution genannten Organisationen im Präventionsrat vertreten. In der nächsten Präventionsratsitzung ist geplant, mit den beteiligten Organisationen und Verbänden gemeinsam präventive Vorschläge zu entwickeln. Konkrete Planungen gibt es bisher jedoch noch nicht.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zu den Ereignissen in der Silvesternacht zur Kenntnis.

3. Bereich Polizei

3.1. Anfragen

Keine.

3.2. Anträge

Keine.

3.3. Sachstandsbericht zu Bearbeitungsrückständen im Ermittlungsdienst

Herr Siebert hält einen Vortrag über das Thema Bearbeitungsrückstände im Ermittlungsdienst. Die Präsentation ist diesem Protokoll beigefügt.

Herr Timke bedankt sich bei Herrn Siebert für die offene Darstellung dieses Themas und für die Registrierung der Aktenrückstände in Zahlen. Herr Timke hält allerdings die Zuordnung der Bereiche Hausfriedensbruch und Diebstahl aus Boden und Kellerräumen zur erwähnten Deliktform der „einfachen Kriminalität“ für unglücklich, da diese Delikte sehr in die Persönlichkeit von Menschen eingreifen und somit anders priorisiert werden sollten, damit Vorgänge dieser Art

gar nicht erst in die Bearbeitungsrückstände fließen. Herr Siebert erklärt, dass die einfache Kriminalität abgeleitet wird aus der Strafandrohung im Strafgesetzbuch, an den durchzuführenden Ermittlungsmaßnahmen sowie an den Fällen vorhandenen Ermittlungsansätzen. Derzeit befinden sich jedoch keine Wohnungseinbrüche in den Bearbeitungsrückständen.

Zur Verwendung des Einsatzdienstes der Schutzpolizei zur Unterstützung und Bewältigung der Bearbeitungsrückstände merkt Herr Timke an, dass dies nur temporär erfolgen sollte, da zeitgleich das Personal dann ja auf der Straße fehlen würde. Die Idee, Kräfte aus dem Nichtvollzug einzusetzen, bewertet Herr Timke als positiv. Zuletzt erfragt Herr Timke die Liegedauer der Bearbeitungsrückstände.

In Bezug auf die abschließende Sachbearbeitung durch den Einsatzdienst der Schutzpolizei ist es Ziel der OPB, mit diesen Maßnahmen im Gesamtprozess schlanker zu werden, erläutert Herr Siebert. Des Weiteren erklärt er, dass der Nichtvollzug bei uns auch in anderen sensiblen Bereichen arbeitet. Die rechtliche Absicherung erfolgt hier durch Sicherheitsüberprüfungen und Geheimverpflichtungen, die ebenfalls im Nichtvollzug angewendet werden. Zu den Liegezeiten der Bearbeitungsrückstände kann es vorkommen, dass Einzelfälle auch mal 1,5 oder 2 Jahre liegen bleiben. Das kommt in Fällen vor, bei denen nichts ermittelbar ist oder durch das Warten auf ein Gutachten lange Wartezeiten anfallen. Alle Fälle werden jedoch sach- und fachbezogen bearbeitet.

Herr Kaminiarz möchte wissen, wie ein Bearbeitungsrückstand definiert wird. Als „Bearbeitungsrückstand“ gelten Vorgänge, welche nach Würdigung ihrer Gesamtumstände bewusst und erforderlichenfalls längerfristig in der Bearbeitung hintenangestellt werden. Dies erfolgt nach sorgfältiger Prüfung auf unaufschiebbare Sofortmaßnahmen und etwaige Gefahrenüberhänge, erklärt Herr Siebert.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.4. Vorstellung des neuen Amtsleiters der Schutzpolizei mit kurzem Vortrag zur Einsatzbelastung durch BAO-Lagen

Herr van Beek stellt sich zunächst vor und berichtet dann über das Thema Einsatzbelastung durch BAO-Lagen bei der OPB anhand einiger Beispiele. Die Präsentation ist diesem Protokoll beigefügt.

Herr Kaminiarz möchte wissen, was sich hinter dem Begriff Stryker verbirgt. Hinter der BAO-Stryker verbergen sich alle konzeptionellen Planungen und operativen Maßnahmen rund um die Militärtransporte aus dem oder zum Überseehafengebiet, antwortet Herr van Beek.

Herr Timke fragt, was sich hinter der Sparte „Sonstige BAO“ verbirgt. Hinter diesen Lagen verbergen sich u. a. die Weihnachtsmärkte und Freimärkte, antwortet Herr van Beek.

Abschließend betont Herr van Beek die sehr gute Zusammenarbeit mit der Bereitschaftspolizei in Bremen.

Herr Neuhoff bedankt sich bei Herrn van Beek und regt an, zu gegebener Zeit dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit einen aktualisierten Sachstandsbericht zu diesem Thema zu geben.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.5. Bericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes

I 1/2024

Herr Timke fragt, warum in dieser Ausschusssitzung keine eine Vorlage mit einem Bericht über die Gewalt gegen Polizeibeamte vorgesehen ist. Herr Ortgies erinnert daran, dass zu Beginn der neuen Legislaturperiode dargestellt wurde, dass dieser Auftrag aus der letzten Legislatur mit Beginn der neuen Legislatur entfallen ist und darüber diskutiert wurde, welche Dinge dargestellt werden sollen. Darüber hinaus regt Herr Ortgies an, dass es sinnvoll ist, am Ende eines jeden Jahres jeweils ein Gesamtbild über die Gewalt gegen Einsatzkräfte, sowohl beim Bürger- und Ordnungsamt, als auch bei der Feuerwehr / im Rettungsdienst als auch der Polizei darzustellen, um Ihren Bedarf entgegenzukommen. Herr Timke bittet um eine halbjährliche Darstellung, um rechtzeitig Tendenzen feststellen zu können. Der Ausschussvorsitzende weist Herrn Timke

darauf hin, dass seine Bitte aufgenommen und amtstechnisch abgestimmt wird, und der Ausschuss dann über das Ergebnis informiert wird.

Frau Milch ergänzt hierzu auch nochmal die nicht ständige Notwendigkeit einer Berichterstattung zu den Statistiken über die Gewalt gegen Beschäftigte der Polizei. Jedes Mal eine einzelne und ausführliche Darstellung zu erhalten ist für uns nicht aussagekräftig und sie bittet darum, einmal zum Ende eines Jahres einen gesamten Bericht zu veröffentlichen, indem Gewalt gegen Einsatzkräfte generell statistisch dargestellt wird. Darüber hinaus bittet sie darum, diesem Ausschuss regelmäßige und fallbezogene Sachstandsberichte über außergewöhnliche Lagen zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.6. Benennung Mitglieder Lenkungsgruppe Wochenmärkte **I 2/2024**

Der Ausschussvorsitzende gibt bekannt, dass es hier um die Benennung von vier Stadtverordneten des Ausschusses für öffentliche Sicherheit für die Lenkungsgruppe Wochenmärkte geht, wobei sich von den insgesamt vier Stadtverordneten eine Person aus der Opposition zur Verfügung stellen möge und bittet um Vorschläge.

Herr Jürgewitz stellt einen Änderungsantrag und bittet darum, die Anzahl von vier Stadtverordneten auf fünf Personen zu erhöhen und davon zwei aus der Opposition zu benennen. Frau Milch weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag hierzu in der letzten Ausschusssitzung hätte gestellt werden müssen, da zu diesem Zeitpunkt die Zusammensetzung der Lenkungsgruppe beschlossen wurde und es heute nur noch um die Bannung der Stadtverordneten geht. Herr Jürgewitz besteht trotzdem auf sein Recht, vor Abstimmung dieser Vorlage, einen Änderungsantrag stellen zu dürfen. Der Ausschussvorsitzende bietet an, zunächst über den genannten Änderungsantrag abzustimmen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt über den Änderungsantrag ab. Der Änderungsantrag wird mehrheitlich mit zwei Ja-Stimmen (BD und AfD) und drei Enthaltungen (Die Grünen, Die Linke und Einzelabgeordneter Baumann-Duderstädt) abgelehnt.

Herr Kaminiarz schlägt für die Opposition Claas Schott (Bündnis 90 Die Grünen) vor.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit benennt in seiner Sitzung am 27. Februar 2024 die folgenden Stadtverordneten für die Lenkungsgruppe Wochenmärkte:

Für die CDU-Fraktion wird Astrid Milch benannt

Für die FDP-Fraktion wird Bernd Freemann benannt und

Für die SPD-Fraktion wird Martina Kirschstein-Klingner benannt

Für die Opposition wird Claas Schott benannt

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt der Benennung der Lenkungsgruppe Wochenmärkte einstimmig zu.

3.7. Vorzeitige Besetzung bewilligter Stellen in der Abteilung Migration und Einbürgerung **I 3/2024**

Herr Kaminiarz fragt nach, ob es sich in diesem Beschlussvorschlag um insgesamt zwei Stellen oder um vier Stellen handelt. Herr Herbrig beantwortet die Frage damit, dass es sich hierbei um zwei Stellen in der Abteilung Migration und zwei Stellen in der Abteilung Einbürgerung handelt.

Vorbehaltlich des Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses in seiner Sitzung am 11. März 2024 beschließt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit den unter B Lösung benannten überplanmäßigen Bedarf bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2024/2025 in der Abteilung Migration und Einbürgerung des Bürger- und Ordnungsamtes. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dieser Vorlage mehrheitlich mit einer Gegenstimme (AfD) zu.

3.8. Verschiedenes Polizei

Herr Ortgies weist darauf hin, dass die polizeiliche Kriminalstatistik am 15.03.2024 im Hause Senator für Inneres auf einer Pressekonferenz vorgestellt wird. Darüber hinaus wird anschließend an diesem Tag in Bremerhaven eine Pressekonferenz stattfinden, in der die PKS vorgestellt wird. Die PKS-Veröffentlichung wird dann den Ausschussmitgliedern auf dem

Postweg zugesandt und zur nächsten Ausschusssitzung wird hierzu eine kleine Präsentation vorbereitet.

4. Bereich Katastrophenschutz

4.1. Anfragen

Keine.

4.2. Anträge

Keine.

4.3. Überörtliche Hochwassereinsätze im Rahmen des Weihnachtshochwassers 2023 in Niedersachsen und Bremen

**KatS - I
1/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.4. Hochwasseraudit Seestadt Bremerhaven

**KatS - I
2/2024**

Herr Neuhoff berichtet, dass in der Magistratssitzung vom 14.02.2024 beschlossen wurde, dass der Magistrat die notwendigen Haushaltsmittel aus dem Dezernat I (Bereich Katastrophenschutz) für ein Hochwasseraudit für die Stadt Bremerhaven über den Finanz- und Wirtschaftsausschuss bereitstellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Vorlage zur Kenntnis und beschließt einstimmig, die Feuerwehr zu beauftragen, fortlaufend Bericht zu erstatten.

4.5. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

**KatS - I
3/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.6. Verschiedenes Katastrophenschutz

Keine Wortmeldungen.

5. Bereich Feuerwehr

5.1. Anfragen

Keine.

5.2. Anträge

Keine.

5.3. Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf

XI 1/2024

Herr Skusa teilt mit, dass sich die Arbeiten weiterhin im Zeit- und Kostenrahmen befinden. Die offizielle Übergabe sowie die Einweihung sind für den 20. Juli 2024 geplant.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.4. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

XI 2/2024

Auf Nachfrage von Herrn Kaminiarz, ob es bereits eine Entscheidung seitens der Vergabekammer gibt, teilt Herr Skusa mit, dass die Vergabekammer der Rüge widersprochen und der Antragsteller nunmehr 14 Tage Zeit hat, noch einmal Rechtsmittel einzulegen. Der

Widerspruch wurde am 13.02.2024 dokumentiert, sodass ab 14.02.2024, wenn keine Rechtsmittel eingelegt werden, der Vertrag geschlossen und der Auftrag an das Architektenbüro vergeben werden kann. Da das Bauleitverfahren parallel weiter durchgeführt wurde, kommt es zu keinen Verzögerungen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.5. Bauliche Erweiterung der Integrierten Rettungsleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS) XI 3/2024

Herr Cordes verweist auf die Informationen und Vorlagen, die bezüglich des Gutachtens zur IRLS vorgestellt wurden. Gemeinsam mit Seestadt Immobilien ist nun vorgesehen, kurzfristig den Kosten- und Zeitrahmen für die benötigten Arbeitsplätze im Rahmen eines temporären Containermoduls zu erarbeiten.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet die Feuerwehr einstimmig, gemeinsam mit dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien, eine Kostenkalkulation zu erstellen und die weiteren Schritte schnellstmöglich einzuleiten.

Bei einer Vergabe vor Inkrafttreten des Haushalts 2024 ist die Ziffer 4. der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven auf der Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zu beachten.

5.6. Bericht zur Gewalt im Rettungsdienst zweites Halbjahr 2023 XI 4/2024

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.7. Verschiedenes Feuerwehr

Herr Kaminiarz fragt, ob die Ausschussmitglieder zu der am 15.06.2024 jährlich stattfindenden Katastrophenschutzübung eingeladen werden. Herr Cordes antwortet, dass die Übung am 14.06.2024 voraussichtlich in Form eines Symposiums für die beteiligten Einsatzkräfte zur Sensibilisierung auf mögliche Naturgefahren stattfindet. Die Übung am 15.06.2024 befindet sich mit der Feinkonzeptionierung auf der Zielgeraden. Wenn es machbare Szenarien gibt, soll auch der Ausschuss beteiligt werden. Eine Einladung mit genauem Ablauf wird mit dem Versand der Ausschussunterlagen für die nächste Sitzung am 11.06.2024 beigefügt.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Herr Skusa schließt um 17:30 Uhr die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit.

Vorsitzender

Vorsitzender

Neuhoff
Bürgermeister

Skusa
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Polizei

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

Berndt

Mahlstedt